

Die Zürcher, ihre Bank und die Sklaverei

Von Bruno Schletti
03.06.2010

Nach langem Streit schwenkt Clariden Leu ein. Die Privatbank öffnet ihre Archive. So kann endlich die Rolle Zürichs im Sklavenhandel untersucht werden.



Die Reaktion des Historikers Hans Fässler: «Freude herrscht, weil Vernunft herrscht. Bisher herrschte die Bank.»
Bild: Keystone

Im Mittelpunkt eines langen Streites steht die Frage, ob Zürich beziehungsweise Zürcher im 18. Jahrhundert über Finanzgeschäfte indirekt in den Sklavenhandel verwickelt waren. Im Fokus steht dabei die Zinskommission Leu et Compagnie, deren Erbe die Credit-Suisse-Tochter Clariden Leu verwaltet (siehe Artikel zum Thema). Das Erbe ist zum einen der Name Leu, zum anderen das Archiv. Historiker, die an der Aufarbeitung des Sklavenhandels forschen, verlangen seit Jahren den freien Zugang zu diesen Dokumenten. Clariden Leu hat das bisher abgeblockt mit dem Hinweis auf das Bankgeheimnis. Dokumente von Personen seien mit Rücksicht auf deren Nachkommen zu schützen. Zürcher Stadtparlamentarier bezeichneten diese Argumentation als «absurd». In einem Postulat, in dem sie den Stadtrat zu Verhandlungen mit [Credit Suisse](#) drängten, schrieben sie: «Die Rede ist von Kunden, welche sich längst in Staub und Asche aufgelöst haben.» Diese hätten nichts mehr zu verheimlichen und bedürften keines Schutzes mehr.

Am Ende umgeschwenkt

Jetzt ist Clariden Leu umgeschwenkt. Sie ist bereit, die Aktenbestände der Zinskommission Leu aus den Jahren 1755 bis 1798 dem Staatsarchiv des Kantons Zürich zu übergeben. Auf diese Lösung haben sich Stadtpräsidentin Corine Mauch und Clariden-Leu-Chef Hans Nützi geeinigt. Die Grundlage dieses Entscheids bildet die gemeinsam erarbeitete Erkenntnis, dass die Zinskommission Leu «bis 1798 als staatliche Einrichtung zu betrachten ist».

In der Tat hiess 1754 der Grosse Rat das Projekt von Säckelmeister Johann Jakob Leu gut, die Zinskommission zu gründen. Sie sollte Kundengelder entgegennehmen und als verzinste Darlehen ins Ausland vergeben. So kam sie später auch in den Besitz von Aktien der französischen Compagnie des Indes. Diese soll mehr als 45'000 Menschen aus Afrika in die Sklaverei deportiert haben. Das Grundkapital von 50'000 Gulden wurde der Zinskommission aus dem Zürcher Staatsschatz zur Verfügung gestellt. Untergebracht wurde das Kreditinstitut unentgeltlich im Rathaus. Erst 1799 musste die Zinskommission das Rathaus verlassen. Die Vermögenswerte und die Struktur wurden privatisiert.

Kapital aus Zürcher Staatsschatz

Mit der Einsicht, dass die Zinskommission bis 1798 staatlich war, ist neu für Clariden Leu das öffentliche Interesse an den Akten gegeben. Gemäss Sprecher Thomas Ackermann hat zudem ein neues Gutachten ergeben, dass eine Öffnung des Archivs trotz Bankgeheimnis vertretbar sei.

Hoch erfreut reagiert der St. Galler Historiker und Experte für Sklavereigeschichte Hans Fässler: «Freude herrscht, weil Vernunft herrscht. Bisher herrschte die Bank.» Die Arroganz der Bank, jahrelang private Interessen zu schützen, finde damit ein Ende. (Tages-Anzeiger)